

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIII

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
I. Das Recht	1
1. Die Struktur des Rechts	1
2. Die Aufgabe des Rechts	1
II. Die Rechtsquellen	2
1. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
2. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
3. Richterrecht und Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
I. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
II. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
1. Die Gebiete des Privatrechts	6
2. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
III. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
I. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
1. Die Entstehung des BGB	9
2. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
3. Aufbau und Inhalt des BGB	12
4. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
5. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
II. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
1. Das Kaiserreich	16
2. Die Weimarer Republik	17
3. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
4. Die Besatzungszeit	18
5. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
6. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18
7. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
III. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
1. Der sachliche Geltungsbereich	23
2. Der zeitliche Geltungsbereich	23
3. Der räumliche Geltungsbereich	23
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
I. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
1. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25

2. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
3. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
II. Die Rechtsanwendung im Prozess	25
1. Die Stellung des Richters	25
2. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
III. Die Gesetzesauslegung	27
1. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
2. Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
3. Die Methoden der Gesetzesauslegung	27
4. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
IV. Die Rechtsfortbildung	30
1. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	33
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	33
1. Die Bedeutung der Privatautonomie	33
2. Die Schranken der Privatautonomie	34
II. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung	36
III. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	37
1. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts	37
2. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	37
3. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt	38
IV. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte	39
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	39
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	39
3. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte	40
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	40
5. Treuhandgeschäfte	44
6. Verbraucherverträge	44
§ 6. Die Willenserklärung	47
I. Begriff und Arten der Willenserklärung	48
1. Der Begriff der Willenserklärung	48
2. Die Arten der Willenserklärung	51
II. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	53
1. Grundsatz	53
2. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	53
3. Die Abgabe der Willenserklärung	53
4. Der Zugang der Willenserklärung	55
§ 7. Die Willensmängel	65
I. Überblick	66
II. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	67

1.	Fehlen des Handlungswillens	67
2.	Fehlen des Erklärungsbewusstseins	67
3.	Fehlen des Geschäftswillens	68
III.	Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	69
1.	Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB)	69
2.	Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	70
3.	Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB)	72
IV.	Der Irrtum	73
1.	Allgemeines	73
2.	Die einzelnen Irrtumstatbestände	73
3.	Abgrenzungsfragen	78
4.	Einschränkungen der Anfechtbarkeit	82
5.	Die Anfechtung und ihre Folgen	85
V.	Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	86
1.	Allgemeines	86
2.	Die arglistige Täuschung	86
3.	Die widerrechtliche Drohung	90
4.	Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	93
VI.	Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	96
1.	Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	96
2.	Voraussetzungen der Anfechtung	97
3.	Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	98
4.	Die Wirkungen der Anfechtung	100
5.	Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	101
§ 8.	Der Vertrag	103
I.	Allgemeines	103
1.	Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	103
2.	Das Zustandekommen des Vertrages	104
3.	Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	104
II.	Das Angebot	105
1.	Die Voraussetzungen des Angebots	105
2.	Rechtsfolgen des Angebots	107
III.	Die Annahme	111
1.	Begriff und Bedeutung der Annahme	111
2.	Erklärung der Annahme	112
3.	Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	114
4.	„Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungs- schreiben“	114
IV.	Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	117
1.	Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	117
2.	Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	117
3.	Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	118
V.	Der Einigungsmangel (Dissens)	118
1.	Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	118
2.	Der offene Dissens	119
3.	Der versteckte Dissens	120

VI. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	120
VII. Vorvertrag und Optionsvertrag	122
1. Der Vorvertrag	123
2. Der Optionsvertrag	124
3. Exkurs: Die Festofferte	125
VIII. Der Vertragsschluss im Internet	125
1. Einführung	125
2. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	125
3. Wirksamkeit von Willenserklärungen	127
§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	129
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	129
II. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	130
III. Auslegungsziele	130
1. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	130
2. Die Auslegung von Testamenten	131
3. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	131
4. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	132
IV. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	133
1. Das Verbot der Buchstabenauslegung	133
2. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB)	134
3. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	134
4. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	135
V. Die ergänzende Vertragsauslegung	136
1. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	136
2. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	137
3. Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	138
§ 10. Die Geschäftsfähigkeit	138
I. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit und Betreuung	139
1. Die Geschäftsfähigkeit	139
2. Die Geschäftsunfähigkeit	139
3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	140
4. Die Betreuung	140
II. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	141
III. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	143
1. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	143
2. Die Einwilligung	148
3. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	151
4. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	153
5. Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige	154

§ 11. Die Vertretung	155
I. Allgemeines	155
1. Begriff und Funktion der Vertretung	155
2. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	156
3. Zulässigkeit der Vertretung	157
4. Anwendungsbereich der Vertretung	157
5. Abgrenzung	157
II. Das Handeln in fremdem Namen	158
1. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten) ...	158
2. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	159
3. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	160
4. Die „mittelbare Stellvertretung“	161
5. Das „Handeln unter fremdem Namen“	161
III. Die Vollmacht	162
1. Begriff und Erteilung der Vollmacht	162
2. Vollmacht und Innenverhältnis	163
3. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	163
4. Vollmacht und Willensmängel	164
5. Erlöschen der Vollmacht	165
IV. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbes. die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	168
1. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	168
2. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	170
3. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	173
V. Das Vertretergeschäft	174
1. Auslegung	174
2. Willensmängel	175
3. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	176
4. Erweiterte Wissenszurechnung	177
VI. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	178
1. Der Umfang der Vertretungsmacht	178
2. Einzel- und Gesamtvertretung	181
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	181
4. Das Insihgeschäft	183
VII. Handeln ohne Vertretungsmacht	184
1. Die Folgen für das Vertretergeschäft	184
2. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB)	186
3. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	188
4. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	189
 § 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	 190
I. Die Formfreiheit als Grundsatz	190
II. Gesetzliche und gewillkürte Form	190
III. Die Formzwecke	190
IV. Die Arten der Form	191
1. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB)	192
2. Die elektronische Form (§§ 126a, 127 Abs. 1, 3 BGB)	194
3. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB)	195

4. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	196
5. Die notarielle Beurkundung (§§ 127a, 128 BGB)	196
V. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	197
1. Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	197
2. Heilung des Formmangels	197
3. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	198
VI. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	199
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	200
I. Allgemeines	200
1. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	200
2. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	202
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	203
1. Allgemeines	203
2. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	204
3. Rechtsfolgen	205
4. Die Gesetzesumgehung	206
III. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	207
1. Der Begriff der „guten Sitten“	207
2. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	208
3. Fallgruppen	209
4. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	212
IV. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	214
1. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	214
2. Die Rechtsfolgen	216
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	217
I. Die Zustimmung	217
1. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	217
2. Einzelheiten zur Zustimmung	218
3. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	219
4. Die „Ermächtigung“	220
II. Die Bedingung	222
1. Begriff und Bedeutung der Bedingung	222
2. Die Zulässigkeit der Bedingung	224
3. Die Wirksamkeit der Bedingung	224
4. Die Wirkungen der Bedingung	225
III. Die Befristung	227
IV. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	228
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	228
I. Die Nichtigkeit	229
1. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	229
2. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	229
3. Die Umdeutung (§ 140 BGB)	232
4. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	234
II. Die schwebende Unwirksamkeit	235
III. Die relative Unwirksamkeit	236
IV. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	237

§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	237
I. Allgemeines	237
II. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	238
1. Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB)	238
2. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB)	240
III. Sonderregelung für Verbraucherverträge	241
1. Begriff des „Verbrauchervertrags“	241
2. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	241
3. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	242
4. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB)	242
IV. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	242
1. Die Einbeziehungsvereinbarung	242
2. Exkurs: Kollidierende AGB	243
V. Überraschende Klauseln	244
VI. Die Auslegung von AGB	245
1. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	245
2. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b BGB)	245
3. Die Unklarheitenregel (§ 305 c Abs. 2 BGB)	246
VII. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	247
1. Die Inhaltskontrolle von AGB	247
2. Das Umgehungsverbot	248
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	248

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	251
I. Das Rechtsverhältnis	251
1. Begriff	251
2. Inhalt	251
3. Entstehen, Änderung und Ende	251
II. Das subjektive Recht	252
1. Begriff und Bedeutung	252
2. Arten	252
3. Erwerb und Verlust	255
4. Die Rechtsausübung	257
5. Grenzen der Rechtsausübung	258
III. Pflichten und Obliegenheiten	259
1. Pflichten	259
2. Obliegenheiten	260
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	260
I. Anspruch	261
1. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	261
2. Arten des Anspruchs	261
3. Anspruchsgrundlage	261
4. Allgemeine Regeln	261
5. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	262

II.	Einwendungen und Einreden	262
1.	Einwendungen	262
2.	Einreden	262
3.	Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	263
III.	Die Einrede der Verjährung	264
1.	Begriff und Zweck der Verjährung	264
2.	Anwendungsbereich der Verjährung	264
3.	Verjährungsfristen	264
4.	Beginn der Verjährung	265
5.	Verjährungshindernisse	266
6.	Wirkungen der Verjährung	267
7.	Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	268
§ 19.	Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	269
I.	Der staatliche Rechtsschutz	269
1.	Erkenntnisverfahren	269
2.	Vollstreckungsverfahren	270
3.	Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	270
II.	Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	270
1.	Überblick	270
2.	Notwehr	270
3.	Notstand	272
4.	Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB)	273

4. Kapitel. Die Rechtssubjekte

§ 20.	Die natürlichen Personen	276
I.	Der Mensch als Rechtssubjekt	276
II.	Die Rechtsfähigkeit des Menschen	276
1.	Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	276
2.	Beginn der Rechtsfähigkeit	276
3.	Ende der Rechtsfähigkeit	277
4.	Beweisfragen und Todeserklärung	277
5.	Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	277
6.	Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	278
III.	Der Wohnsitz	278
1.	Begriff und Bedeutung	278
2.	Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	279
IV.	Name und Namensschutz	279
1.	Begriff und Arten des Namens	279
2.	Das Namensrecht	280
3.	Der Schutz des Namens	280
4.	Die Ausdehnung des Namensschutzes	282
V.	Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	282
§ 21.	Juristische Personen	283
I.	Allgemeines	283
1.	Begriff und Bedeutung	283

2. Arten und Entstehung der juristischen Person	284
3. Die Relativierung der juristischen Person	285
II. Der rechtsfähige Verein	286
1. Entstehung	286
2. Mitgliedschaft	287
3. Organisation und Willensbildung	289
4. Vertretung und Haftung	292
5. Haftung von Vorstandsmitgliedern	296
6. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins	296
III. Der nichtrechtsfähige Verein	296
1. Allgemeines	296
2. Teilnahme am Rechtsverkehr	297
3. Rechtsverfolgung gegen und durch den Verein	297
4. Haftung	298
IV. Die Stiftung	298
1. Begriff und Bedeutung	298
2. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	299

5. Kapitel. Die Rechtsobjekte

§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	301
I. Die Rechtsobjekte	301
1. Begriff und Bedeutung	301
2. Abgrenzung	301
II. Das Vermögen	302
1. Begriff	302
2. Bedeutung	302
III. Das Unternehmen	304
1. Begriff	304
2. Bedeutung	304
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	305
I. Die Sachen	305
1. Begriff und Abgrenzung	305
2. Arten	306
II. Einzelsache und Sachgesamtheit	307
III. Die Bestandteile	308
1. Begriff	308
2. Arten	308
3. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	309
IV. Das Zubehör	310
1. Begriff	310
2. Rechtliche Bedeutung	311
V. Nutzungen, Früchte und Lasten	312
1. Begriffe	312
2. Bedeutung	313

Anhang. Technik der Fallbearbeitung	314
I. Vorbereitung der Niederschrift	314
II. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	316
III. Muster eines Falles mit Lösung	319
 Sachverzeichnis	 323